



Herbert von Arnims neue Demokratietheorie

Das genüssliche Leben von der Politik

Von Matthias Holdt

Der Staatsrechtler von Arnim beklagt den Zustand des deutschen Föderalismus. Er kritisiert das vordergründige föderalistische Idealbild, wie es in Sonntagsreden und in Lehrbüchern der politischen Bildung immer wieder beschworen wird. Sein hartes Urteil lautet: Die Aufteilung der Staatsmacht zwischen Bund und Ländern ermöglicht weder mehr Bürgerpartizipation, noch führt sie inhaltlich zu größerer Sachgerechtigkeit der politischen Entscheidungen.

Von Arnim konstatiert, dass heute der Löwenanteil der politischen Gestaltung beim Bund liegt. Zudem gibt es zunehmend Kooperationsformen zwischen Bund und Ländern auch in Bereichen, wo die Länder allein zuständig wären. Der Autor nennt die wuchernde Koordinierungsbürokratie – insgesamt haben Experten fast 1000 interföderale Koordinierungszirkel gezählt – als die eigentliche Gewinnerin des bundesdeutschen Koordinationsföderalismus. Die tatsächlichen Entscheidungen fallen aber in nichtöffentlichen Treffen von Regierungschefs, in Ressortminister- und Fachreferentensitzungen. Parlamente, Öffentlichkeit und Bürger erfahren zu wenig von den Absprachen in diesen Zirkeln und haben so kaum eine Chance, die Regierung effizient zu kontrollieren. Denn die Verantwortlichkeiten können nicht mehr eindeutig zugeordnet werden.

Entmachtung der Länder

Weitere Kritikpunkte: Der Bund belastet die Länder durch neue oder geänderte Gesetze mit zusätzlichen Verwaltungskosten. Von Arnim stellt eine Entmachtung der Bundesländer fest. Hoffnung darf man aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 11. November 1999 zum Finanzausgleichgesetz schöpfen. Danach ist der Bundesgesetzgeber bis zum Ende des Jahres 2002 verpflichtet, in einem Maßstabgesetz die unbestimmten Begriffe des Grundgesetzes zu konkretisieren. Auf dieser Grundlage sind dann bis Ende 2004 die gesetzlichen Ansprüche und Verpflichtungen des Bundes und der Länder zu regeln. Von Arnims Vorschlag an den Bundesgesetzgeber: Diese Gelegenheit sollte genutzt werden, um zugleich eine umfassende Föderalismusreform in Angriff zu nehmen.



Ein strenger Kritiker des deutschen Parteiensystems: Staatsrechtler Hans Herbert von Arnim. Foto: Eduard N. Fiegel

Die Hauptthese des Buchs läuft darauf hinaus, dass Berufspolitiker nicht dem Gemeinwohl dienen, sondern vielmehr ihrem Eigeninteresse nachgehen. Von Arnim erkennt in der von Berufspolitikern beherrschten Verfassungswirklichkeit zwei Motive. Zum einen das Interesse an der Mehrheit und somit an der Macht, und das Interesse, von der Politik möglichst gut und möglichst auf Dauer leben zu können. Der Autor sieht das Hauptproblem darin, dass die Berufspolitiker an den Schalthebeln der staatlichen Macht sitzen und ihre Interessen deshalb direkt in Gesetze oder Haushaltstitel umsetzen können.

Von Arnim verspricht sich eine Wende zum Besseren durch die Änderung des Wahlrechts hin zum Mehrheitswahlrecht. Als Alternative schlägt er bei Beibehaltung des Verhältniswahlrechts vor, den Bürgern durch Kumulieren und Panaschieren (Häufen mehrerer Stimmen auf einen Listenkandidaten eigener Wahl und das Verteilen seiner Stimmen an Kandidaten auf verschiedenen Listen) zu ermöglichen, Kandidaten direkt auszuwählen. Zudem plädiert er für eine Direktwahl der Ministerpräsidenten.

Der Staatsrechtler geht davon aus, dass die repräsentative Demokratie einer Ergänzung durch die Einführung der direkten Demokratie bedarf. Er verspricht sich davon eine Machtverteilung hin zum Volk und damit eine effizientere Kontrolle der politischen Klasse. Deshalb fordert er eine Ausweitung der direkten Demokratie auf alle Ebenen. Die Bürger sollten dann auch an Finanz- und Abgabenscheidungen mitwirken können. Außerdem sei es zur Erleichterung der Verfahrensregelungen unerlässlich, die Quoten zu senken und auch die Hürden beim Sammeln von Unterschriften abzusenken.

Auf einen Widerspruch in von Arnims Argumentation soll noch hingewiesen werden. Zum einen kritisiert er unterschiedlos das vorwiegend von Eigeninteresse geprägte Handeln der „politischen Klasse“. Zum anderen zählt er selbst Politiker auf, die sich über Parteigrenzen hinweg für die Einführung bzw. Praktizierung direktdemokratischer Elemente engagiert haben. Es scheint also doch möglich zu sein, die repräsentative Demokratie durch direkt-demokratische Elemente zu ergänzen und zu beleben. Natürlich ist dazu der permanente Druck aus der Bevölkerung erforderlich, da sonst die träge gewordenen Parteien nicht oder zu langsam reagieren.

Von Arnim ist es gelungen, die Schwachpunkte unseres Parteiensystems deutlich herauszuarbeiten und diese mit konkreten Beispielen zu belegen. Sehr informativ ist der Teil über die verschiedenen Elemente der direkten Demokratie. Dabei werden die von Parteipolitikern offenbar gewollten hohen Hürden nicht verschwiegen. Das Buch könnte gerade jetzt – wo mehrere Affären in der Politik Zweifel am Parteiensystem aufkommen lassen – auf fruchtbaren Boden bei allen fallen, die eine Verbesserung unserer Demokratie mit erweiterten Partizipationschancen für alle Bürger anstreben.

Hans Herbert von Arnim:

Vom schönen Schein der Demokratie. Politik ohne Verantwortung am Volk vorbei.

Verlag Droemer-Knauer, München 2000; 384 S., 44,90 DM